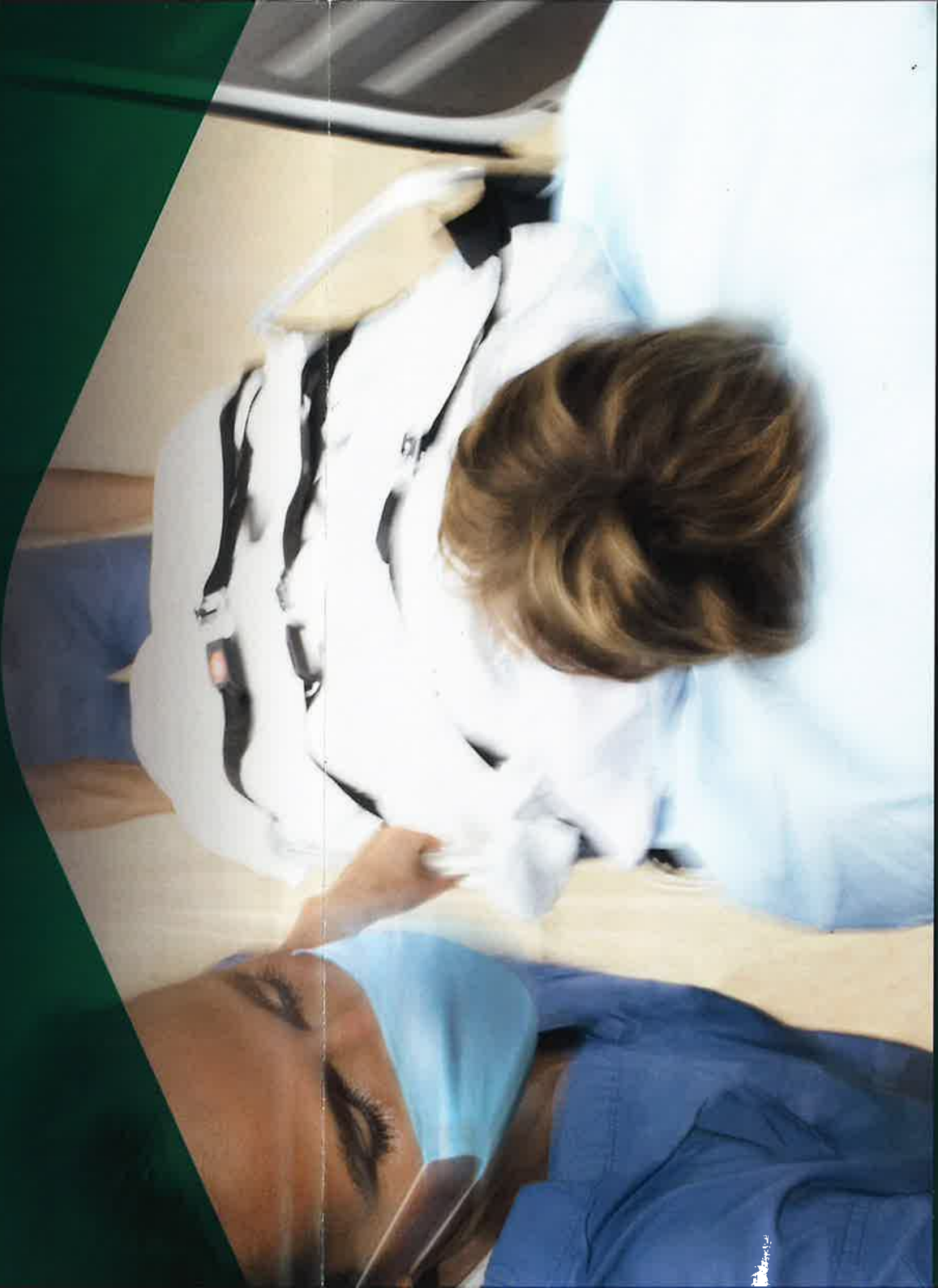


Notfall Krankenhaus

Betten auf Intensivstationen müssen gesperrt werden, Notaufnahmen werden zeitweise geschlossen, Kinderkliniken sind chronisch überlastet und Patient*innen warten immer länger auf notwendige Behandlungen.



Wenn die Politik nicht schnell und entschlossen handelt, werden morgen die Patient*innen die Leidtragenden dieser verfehlten Gesundheitspolitik sein.

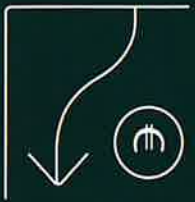
Die Politik muss endlich handeln:

- Sofortiger Inflationsausgleich für die Krankenhäuser
- Auskömmliche Investitionsfinanzierung durch die Bundesländer wie gesetzlich vorgeschrieben
- Streichen der Pflegepersonal Kürzungen im GKV-Finanzstabilisierungsgesetz
- Erneutes Inkraftsetzen des ausgelaufenen Corona-Rettungsschirms
- Einrichtungsbezogene Impfpflicht sofort aussetzen
- Überzogene Bürokratie entschlossen abbauen
- Wegfall der Pflegepersonaluntergrenzen bei der Einführung der neuen Pflegepersonalbemessung in allen Krankenhäusern
- Personalrichtlinie Psychiatrie und Psychosomatik sofort aussetzen und grundlegend überarbeiten
- Schaffung einer gesicherten Rechtsgrundlage zur Fortführung von Rufbereitschaften bei Ärzt*innen
- Digitalisierung weiter vorantreiben und nachhaltig finanzieren

#rettungsfahrt

Alarmstufe **ROT**: Krankenhäuser in Gefahr

Die Personalnot in den Krankenhäusern wird immer größer,



... weil

die Bundesländer seit Jahren ihrer gesetzlichen Pflicht zur Finanzierung notwendiger Investitionen nicht nachkommen und die Krankenhäuser damit zum Personalabbau zwingen, um zumindest die dringendsten Investitionen aus diesen Einsparungen finanzieren zu können. **Das vom Institut für das Entgeltsystem im Krankenhaus (InEK GmbH) berechnete Finanzierungsdefizit bei den Investitionen beträgt jedes Jahr mindestens 3,5 Milliarden Euro. Allein über die letzten zehn Jahre summieren sich die Lücken auf über 30 Milliarden Euro.**

7%

Inflation

... weil

Bund und Länder den Krankenhäusern keinen Cent Inflationsausgleich in Aussicht stellen. Die dramatischen Preissteigerungen nicht nur bei Energie zwingen die Krankenhäuser zu massiven Einsparungen – auch beim Personal –, **denn die staatlich festgelegten Preise für die Behandlung von Patient*innen steigen in diesem Jahr nur um 2,25 Prozent – und das bei einer Inflationsrate von mindestens 7 Prozent.** (Quelle: Statistisches Bundesamt)

60%

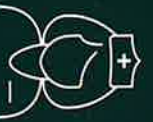
der Kliniken
schreiben
rote Zahlen

... weil

Bundesgesundheitsminister Prof. Dr. Karl Lauterbach alle Corona-Hilfen für die Kliniken gestrichen hat und die hohen Zusatzkosten durch Einsparungen – auch beim Personal – ausgeglichen werden müssen. Den Kliniken fehlen in diesem und im nächsten Jahr deshalb mindestens 5 Milliarden Euro Einnahmen. **In diesem Jahr schreiben bereits 60 Prozent aller Krankenhäuser rote Zahlen, im nächsten Jahr werden es nach Prognosen von wissenschaftlichen Expert*innen 80 Prozent sein.**

... weil

die Politik im Schulterschluss mit den Krankenkassen starre Personalvorgaben in der Pflege durchgesetzt hat, die den Krankenhäusern jede Möglichkeit für moderne und flexible Personalkonzepte nehmen. **Zusätzlich will Bundesgesundheitsminister Prof. Dr. Karl Lauterbach den Kliniken bundesweit mindestens 20.000 Vollzeitkräfte aus der Pflegefinanzierung streichen**, um die Finanzen der Krankenkassen zu schonen. (Quelle: Entwurf GKV-Finanzstabilisierungsgesetz)



Pflege wird
weiter belastet

... weil

die Politik ständig neue gesetzliche Vorgaben erfindet, die dann Pflegekräfte und Ärzt*innen mit Bürokratie belasten und sie damit von ihrer eigentlichen Arbeit an der Patientin bzw. am Patienten abhalten. **Nach einer jüngsten Studie verbringen Ärzt*innen jeden Tag drei Stunden mit Bürokratie.** (Quelle: Umfrage Marburger Bund)



Pflegekräfte und Ärzt*innen
verbringen drei Stunden
am Tag mit Bürokratie

... weil

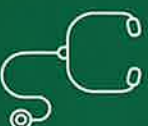
der Gemeinsame Bundesausschuss auf Drängen der Krankenkassen einen ganzen Katalog kleinteiliger Personalvorgaben für die psychiatrischen Krankenhäuser in Kraft gesetzt hat, der moderne psychiatrische Versorgungsangebote wie zum Beispiel Tageskliniken massiv gefährdet, ohne Patient*innen zu nutzen. (Quelle: Personalausstattung Psychiatrie und Psychosomatik, Richtlinie)



Starre Personalvorgaben gefährden massiv die moderne psychiatrische Versorgung

... weil

der Gemeinsame Bundesausschuss gegen die Stimmen und gegen den Protest der Krankenhäuser **die seit Jahrzehnten bewährte Praxis der ärztlichen Rufbereitschaft faktisch abgeschafft und in Anwesenheitszeiten umgewandelt hat.**



Ärztliche Rufbereitschaft wird faktisch abgeschafft

... weil

Bundesgesundheitsminister Prof. Dr. Karl Lauterbach an einer Corona-Impfpflicht für die Krankenhäuser festhält, **obwohl bei der aktuellen Omikronvariante die derzeitige Impfung nach eigener Aussage des Ministers keinen dauerhaften Schutz gegenüber Ansteckung und Übertragung der Infektion mehr bietet.** (Quelle: Interview in Die Welt am Sonntag vom 28. August 2022)



... weil

die Politik über Jahre die notwendige Digitalisierung der öffentlichen Verwaltung und der Krankenhäuser versäumt hat. **Erst im vergangenen Jahr hat die damalige Bundesregierung zusätzliche Fördermittel für die Digitalisierung auf den Weg gebracht und im Gesetz ausdrücklich auf die Versäumnisse der eigentlich zuständigen Bundesländer verwiesen** (Quelle: Krankenhauszukunftsgesetz). Es wird noch weitere Jahre dauern, bis sich die Entlastung durch verbesserte digitale Prozesse bemerkbar macht.



Die Politik darf die Krankenhäuser nicht im Regen stehen lassen!

JETZT ANSCHAUEN UND MITMACHEN



Weitere Krankenhausschließungen und Einsparungen beim Personal sind das Letzte, was wir in Pandemiezeiten benötigen! Scannen Sie den QR-Code oder besuchen Sie unsere Website unter www.dkgev.de und unterstützen Sie die deutschen Krankenhäuser und unsere Online-Petition.